

„Deutsch sein“ neu definieren

DISKUSSION Bei der Veranstaltung „Reden über Europa“ debattierten Experten über Zuwanderung und Toleranz

VON TANJA BRANDES

Bonn. „Reden über Europa“ hieß die Veranstaltung, zu der die Allianz Kulturstiftung zusammen mit der Stadt Köln am Sonntag ins Historische Rathaus eingeladen hatte. Geredet wurde dann aber zunächst über Köln. „In dieser Stadt leben Menschen aus 180 Nationen“, sagte Oberbürgermeister Jürgen Rother zum Auftakt. Ein Drittel aller Kölner habe einen Migrationshin-

„Das Gefühl des Andersseins wird zum Teil künstlich produziert

Mark Terkessidis

tergrund. Köln blicke auf eine lange Geschichte der Zuwanderung und werde geschätzt für Toleranz und Offenheit.

Was sich anhört, als sei die multinationale Gesellschaft längst gelebte Realität, steht im Widerspruch zu einer neuen Studie, die besagt, dass immer mehr Deutsche diese kulturelle Vielfalt als Bedrohung empfinden. „Welche Willkommenskultur brauchen wir?“



Sándor Mohácsi (l.), Naika Foroutan (2. v. l.), Rita Süßmuth (2. v. r.) und Mark Terkessidis (r.) diskutierten mit Redakteur Peter Seidel (M.). BILD: MAX

war das Thema des in Kooperation mit der Akademie der Künste der Welt, dem „Kölner Stadt-Anzeiger“ und dem WDR 3 initiierten Diskussionsnachmittags, ein Thema, das, so die ehemalige Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth, „ein Testfall für die europäische Gesellschaft“ ist. „Wir sind längst keine homogene Gesellschaft mehr“, sagte Süßmuth in ihrer Rede. Der Begriff „Willkommens-

kultur“ betreffe nicht nur Zuwanderer, sondern Einheimische aus allen gesellschaftlichen Schichten.

In der folgenden Podiumsdiskussion störte sich Migrationsforscher Mark Terkessidis an Begriffen wie Willkommenskultur und Integration generell. „Die Diskussion über Integration hält uns von Innovationen ab.“ In deutschen Schulen sei die kulturelle Vielfalt längst Realität, unter den Lehrern

aber finde sich kaum jemand mit Migrationshintergrund. Sozialwissenschaftlerin Naika Foroutan sagte, man müsse „deutsch sein“ generell neu definieren. Viele Kinder mit Migrationshintergrund empfänden ihr multikulturelles Erbe inzwischen als moderne Realität. Beide Wissenschaftler plädierten für ein Umdenken in Integrationsfragen. „Das Gefühl des Andersseins wird zum Teil künstlich

produziert“, so Terkessidis. Integration theoretisch zu behandeln, hält Sándor Mohácsi, Vorsitzender der Wirtschaftsunioren Deutschland, generell für den falschen Weg. Mit Blick auf den Arbeitskräftemangel, der durch den demografischen Wandel einsetzt, müsse man manchmal „einfach machen“, statt zu reden. „Bei uns in der Firma debattieren wir nicht, wir stellen ein.“

EVANGELISCHE KIRCHE

Sparzwang führt zu Entlassungen

Hilden. Die Evangelische Kirche im Rheinland steht vor einschneidenden Veränderungen: Der Haushalt der zweitgrößten deutschen Landeskirche soll bis 2018 um 20 Millionen Euro gekürzt werden – das entspricht 35 Prozent der bisherigen Ausgaben. Eine Synode billigte in Hilden mit großer Mehrheit die Pläne der Kirchenleitung.

„Über die Verhältnisse gelebt“

Die Aufgabe von Arbeitsbereichen und die Schließung von Einrichtungen seien unvermeidlich. Auch betriebsbedingte Kündigungen werden nicht ausgeschlossen. Es werde aber alles für sozialverträgliche Lösungen getan, sagte Präses Manfred Rekowski. Wo konkret gespart wird, entscheiden die Landessynoden im Januar 2014 und 2015. Ohne Tabus kämen alle Arbeitsbereiche auf den Prüfstand. „Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt“, so der Präses. Über Jahre hinweg wurde mehr Geld ausgegeben als eingenommen, 2014 liegt das Defizit bei 7,6 Millionen Euro. (epd)

Enttäuschung über Klimagipfel

ERDERWÄRMUNG Indien und China verhindern bindende Verpflichtung zur CO₂-Reduktion

VON JOACHIM WILLE

Warschau. Der Warschauer Klimagipfel hat einen Fahrplan für die Arbeit an einem neuen globalen Klimaschutzprotokoll aufgestellt, das den Kyoto-Vertrag ersetzen und 2015 in Paris abgeschlossen werden soll. Allerdings wurde nicht festgelegt, wie verbindlich die CO₂-Ziele der Schwellenländer sein sollen, die eine großen Anteil an der globalen Emissionen haben. Besonders China und Indien hatten sich dagegen gesperrt. Sie setzen in der Abschlussitzung eine weiche Formulierung statt der geplanten verbindlichen „Verpflichtungen“ durch. Das Protokoll soll 2020 in Kraft treten.

Der Kompromiss kam erst nach langem Ringen zustande. Der Gipfel hatte 24 Stunden länger als geplant gedauert. Ziel des neuen Protokolls ist es, die Erderwärmung bei zwei Grad zu begrenzen. Die Regierungen sollen ihre eigenen CO₂-Ziele bereits deutlich vor dem Paris-Gipfel im Dezember 2015 vorlegen. Staaten, „die dazu in der Lage sind“, werden aufgefordert, ihre Zusagen bis Ende März 2015 zu machen.

Um diesen Zeitplan hatte es in Warschau heftigen Streit gegeben. Die EU hatte gefordert, dass die CO₂-Ziele spätestens beim UN-Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs im September 2014 präsentiert werden, zu dem Generalsekretär Ban Ki Moon eingeladen hat. Sie wollte damit sicherstellen, dass die Ziele daraufhin bewertet werden können, ob sie das Zwei-Grad-Limit sicherstellen, und um dann noch nachjustieren zu können. Damit konnte die EU sich nicht durchsetzen.

Beim zweiten wichtigen Thema des Warschau-Gipfels, den Finanzhilfen für Klimaschutz und -Anpassung sowie zur Schadensbehebung in Entwicklungsländern, gab es nur geringe Fortschritte. Beschlossen wurde, dass die Industrieländer die Finanzmittel da-

für „kontinuierlich“ steigern sollen. Die Entwicklungsländer hatten in Warschau gefordert, als Zwischenziel 70 Milliarden für 2016 zu fixieren. Das blieb ohne Chance, die Industrieländer sperrten sich dagegen. In den letzten Jahren hatten die reichen Staaten rund zehn Milliarden pro Jahr für Klimaschutz- und Anpassung aufgebracht. Fortschritte gab es bei der Ausgestaltung des Grünen Klimafonds (GCF), der den Großteil der Geldmittel verwalten soll. Der Fonds wird konkrete Projekte finanzieren – Windkraft-, Solar- und Biogasanlagen sowie etwa Deichbau, angepasste Agrarpraktiken und stabile Wasserversorgung. In Warschau wurde angepeilt, dass er ab Mitte 2014 arbeiten kann und die Industriestaaten dann einzahlen.

Die Delegierten beschlossen zudem die Einrichtung eines „Warschau-Mechanismus“. Darin soll geklärt werden, inwiefern ärmere Länder einen Ausgleich für Verluste und Schäden durch den Klimawandel erhalten, die nicht mehr zu vermeiden sind.

Die Entwicklungsländer zeigten sich ebenso wie die Umwelt- und Entwicklungsverbände vom Gipfel enttäuscht. Der Chef des Umweltverbandes BUND, Hubert Weiger, sagte: „Warschau war ein Trippelschritt auf dem Weg zu einem Paris-Protokoll.“ Greenpeace und Germanwatch warfen der EU und Deutschland vor, die Vorreiterrolle aufgegeben zu haben.

Waldschutzprojekt

Die USA, Norwegen und Großbritannien stellten 280 Millionen Dollar für das Waldschutzprogramm „REDD plus“ (Reducing Emissions from Deforestation and Degradation) bereit. Zentrale Idee ist es, Länder finanziell zu entschädigen, die auf eine Rodung ihrer Wälder verzichten. (epd)

– Anzeige –



– Anzeige –

Scheidentrockenheit: Frauen werden aktiv

Aus Beratungsgesprächen wissen Frauenärzte, dass ihre Patientinnen schon früh in den Wechseljahren und später ohnehin über negative Empfindungen in der Vagina klagen: Sie ist trocken, leicht reizbar und brennt.

Ursache ist eine abnehmende Produktion von weiblichen Sexualhormonen (u.a. Östrogene). In der Scheide wird weniger Scheidenflüssigkeit produziert, die Haut wird dünner und verletzlicher. Es handelt sich um ganz normale Vorgänge, die dennoch erhebliche Beschwerden mit sich bringen können. Sie mindern die Lebensqualität ständig. Auch außerhalb der „schönen Stunden“.

Auch Jüngere betroffen

Das Beschwerdebild kennen auch schon jüngere Frauen, z.B. nach Operationen an der Gebärmutter oder an den Eierstöcken, während der Schwan-

gerschaft und in der Stillzeit, unter der Einnahme der „Pille“. Darüber hinaus können Chemotherapie und Bestrahlung Scheidentrockenheit als Nebenwirkung mit sich bringen. Sie kann auch bei Stress auftreten oder als Nebenwirkung von einigen Arzneimitteln, z.B. gegen Diabetes oder Depressionen. Mit einem wässrigen Gel sind viele Frauen nicht

zufrieden: Sie finden, dass diese fettfreien Produkte ihre spröde gewordene, leicht reizbare Scheidenhaut nicht ausreichend pflegen und geschmeidig halten können.

Hormonfreie Produkte von Frauen meist bevorzugt

Sie würden lieber eine Creme verwenden. Cremes gegen Scheidentrockenheit gab es viele Jahre lang wiederum nur als hormonhaltige Arzneimittel. Viele Frauen aber möchten oder dürfen keine Hormone anwenden. Ihnen ist die Vagisan FeuchtCreme zu empfehlen: Sie lindert die Trockenheit und verbessert die Geschmeidigkeit der Vagina – und das ganz ohne Hormone. Die Beschwerden und Ängste gehen zurück. Die Lebensfreude ist wieder da.

Empfehlung bei Scheidentrockenheit: FeuchtCreme von Vagisan®

Verbraucher-Merkzettel für die Apotheke 25 g Vagisan® FeuchtCreme (PZN 9739474) oder 50 g Vagisan® FeuchtCreme (PZN 6786786)

Dr. August Wolff GmbH & Co. KG Arzneimittel, 33532 Bielefeld - www.vagisan.de